

	173. Vollversammlung der AK Wien vom 12.11.2019
FSG	
Antrag Nr. 6	<i>Nein zum EU-Mercosur Handelsabkommen</i>
Annahme	Ausschuss EU und Internationales

Überwältigende Ablehnung des EU-Mercosur-Handelsabkommens im Parlament und Bundesrat

Die BAK sich im Rahmen der interministeriellen Koordination zum Handelspolitischen Ausschuss der EU kritisch eingebracht. Im Juni wurde ein Brief an die damalige Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaft, Elisabeth Udolf-Strobl, mit der BAK-Position geschickt. Darüber hinaus wurden zahlreiche Interventionen (Pressearbeit, Social Media, Interviews, Debattenbeiträge für Ö1 Help sowie den Falter Podcast) in die öffentliche Debatte eingebracht und entscheidend zur kritischen Auseinandersetzung in Österreich beigetragen.

Im September 2019 hat der EU-Unterausschuss des Nationalrats mit breiter Zustimmung durch SPÖ, Liste Jetzt, ÖVP und FPÖ einen Beschluss gefasst, wonach sich die Bundeswirtschaftsministerin auf allen Ebenen der EU und gegen das geplante Handelsabkommen mit dem Mercosur aussprechen muss. Bedingungen für ein allfälliges Abgehen von der MinisterInnenbindung wurden nicht genannt. Damit ist Österreich das erste Land in der EU, das ein „Nein“ zu einem Handelsabkommen deponieren wird. Auch der EU-Unterausschusses des Bundesrats hat im März 2020 zwei Stellungnahmen mit Mehrheit von FPÖ und SPÖ angenommen, die erneut bekräftigen, dass sich die Bundesregierung auf allen EU-Ebenen gegen das geplante Handelsabkommen aussprechen muss - ohne dabei eine Hintertür offen zu lassen. Den mageren Wachstumserwartungen der EU (kumuliert 0,1 % bis 2032) steht ein großes globales ökologisches und soziales Risiko gegenüber. Das Abkommen würde die Vernichtung des Amazonas beschleunigen, Deindustrialisierung und Jobverluste im Mercosur nach sich ziehen (Gewerkschaften und Industrieverbänden des Mercosur).